



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Deutsche
Islam
Konferenz

Die Initiative „Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden: Kommunaler Fachaustausch“

Abschlussbericht



1.	Vorwort	4
2.	Kurz erklärt: der „Kommunale Fachaustausch“	6
3.	Schritt für Schritt – die Zusammenarbeit von Kommunen und muslimischen Gemeinden aufbauen	12
	3.1 Kontaktaufbau	12
	3.2 Vom ersten Austausch zur konkreten Projektidee	18
	3.3 Zusammenarbeit nachhaltig verankern	22
4.	Gründe der Zusammenarbeit	26
	4.1 Bericht einer kommunalen Vertreterin	26
	4.2 Bericht eines Moscheevertreters	28

1. Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kommunen in Deutschland leben vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie werden von ihnen getragen und gestaltet. Gleichzeitig sind die Kommunen für die Menschen der Ort ihres Alltags, ihrer Aktivitäten und ihres Zusammenlebens.

Auch muslimische und alevitische Gemeinden¹ sind vielerorts selbstverständlicher, aktiver Teil des kommunalen Lebens und gestalten ihre Umwelt mit. Die erfolgreiche gemeinsame Gestaltung dieses kommunalen Lebens erfordert dabei Kommunikation sowie Wissen voneinander und Verständnis füreinander.

Mit der Initiative „Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden: Kommunaler Fachaustausch“ hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) auf die daraus entstehenden Bedarfe der Kommunen reagiert.

Im Zeitraum März 2021 bis August 2022 entstand ein durch die Syspons GmbH moderiertes Forum, in dem Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Stellen sich zu ihren Erfahrungen und guter Praxis in der Zusammenarbeit mit muslimischen Akteurinnen und Akteuren in vertrauensvoller Atmosphäre austauschen konnten.

¹ Soweit hier und insgesamt im Rahmen der Initiative von muslimischen Gemeinden, Moscheen oder Moscheegemeinden die Rede ist, so sind damit stets auch Alevitinnen und Aleviten und ihre Gemeinden beziehungsweise Cem-Häuser gemeint.



Eine solche Plattform für den interkommunalen Austausch zum Handlungsfeld aufzubauen, war ein neuer Ansatz, der sich bewährt hat. So bot der „Kommunale Fachaustausch“ mit seinem innovativen Charakter den Kommunen Hilfestellung bei ihren jeweiligen Anliegen.

Die vorliegende Publikation möchte von den Erfahrungen und Ergebnissen aus diesem Format berichten und gibt übergreifend Impulse, die Kommunen praxisorientiert bei der Arbeit vor Ort unterstützen sollen.

Darüber hinaus werden mit dem Abschlussbericht Beispiele gelungener Zusammenarbeit beleuchtet, die für die weitere Ausgestaltung des kommunalen Lebens gemeinsam mit muslimischen und alevitischen Gemeinden Motivation und Inspiration anbieten.

A handwritten signature in black ink that reads "N. Kretzschmar" followed by a stylized flourish.

Ihr Nikolas Kretzschmar
Leiter des Referats „Grundsatzfragen der Integration, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Geschäftsstelle Deutsche Islam Konferenz“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2. Kurz erklärt: der „Kommunale Fachaustausch“

Die Initiative „Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden: Kommunaler Fachaustausch“ bietet Kommunen eine Plattform zum Austausch über die gesellschaftliche Teilhabe von muslimischen Gemeinden in ihrem Ort. Moscheegemeinden und alevitische Cem-Häuser sind in Deutschland Orte der religiösen Praxis sowie Orte der Begegnung, des Lernens und der Gemeinschaft. In der Initiative werden Praxiserfahrungen aus dem gegenseitigen Vertrauensaufbau und der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und der Verwaltung geteilt, Netzwerke aufgebaut und gestärkt und kommunale Akteure für die Themen der muslimischen und alevitischen Gemeinden sensibilisiert.

Der „Kommunale Fachaustausch“ hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit von Kommunen und muslimischen Gemeinden großes Potenzial birgt. Er stärkt zudem die Perspektive auf eine Gesellschaft, welche die Verantwortung in mehrere Hände legt. Zu den Schlüsselakteuren der Kommune gehören insbesondere deren Leitungen und Integrationsbeauftragte, die themenspezifischen Ressorts für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend sowie Arbeit und Soziales und weitere Akteure der Arbeitsmarktförderung wie Jobcenter und die Agentur für Arbeit. Sie alle sind wichtige Partner, wenn es darum geht, das Miteinander vor Ort zu stärken, die zivilgesellschaftliche und soziale Arbeit der Gemeinden sichtbar zu machen und Synergien mit den bestehenden Angeboten der Kommune herzustellen.

Das Angebot des „Kommunalen Fachaustauschs“ hat Kommunen aus ganz Deutschland eine Plattform für Ideen geboten, um Vertrauensaufbau und Kooperationsprozesse in Gang zu bringen.

Der „Kommunale Fachaustausch“ hatte drei Ziele:

1. **Transparenz und Sicherheit:** Unwissenheit über muslimisches Leben und damit Unsicherheiten im Umgang mit muslimischen Gemeinden und Akteuren reduzieren
2. **Öffnung und Unterstützung:** die kommunale Verwaltung und Politik für die Bedarfe und Kompetenzen

der muslimischen und alevitischen Bevölkerung sensibilisieren und beiderseitige Potenziale der Zusammenarbeit bekannt machen

3. **Netzwerke und Lernen:** den Austausch zwischen erfahrenen und weniger erfahrenen Kommunen fördern sowie Ideen mit Modellcharakter teilen

Hintergrund

Der Förderansatz „Moscheen für Integration – Öffnung, Vernetzung, Kooperation“ (MfI), der als Pilotvorhaben im Juli 2019 begonnen hat, inspirierte das Konzept des „Kommunalen Fachaustauschs“. Der Förderansatz MfI verfolgt das Ziel, zur Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Arbeit von Moscheegemeinden und alevitischen Cem-Häusern in Deutschland beizutragen. Dabei werden sie bei der Professionalisierung und besseren

Integration ihrer Arbeit in die örtlichen Strukturen begleitet². Durch MfI wurde deutlich, dass für eine wechselseitige Öffnung neben den muslimischen Gemeinden auch die kommunalen Akteure stärker am Dialog beteiligt werden sollten. Sie spielen eine wichtige Rolle, die Gemeinden als zivilgesellschaftliche Akteure und Partner der Kommunen zu stärken.

Initiiert durch das Bundesinnenministerium (BMI) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), schafft nun der „Kommunale Fachaustausch“ eine Möglichkeit für die Kommunen, von den Erfahrungen anderer Städte und Landkreise in der Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden zu lernen.

2 Weitere Informationen gibt es in der Publikation „Themenheft 1: Der Förderansatz „Moscheen für Integration – Öffnung, Vernetzung, Kooperation““, erhältlich unter www.bamf.de/publikationen



Struktur des „Kommunalen Fachaustauschs“

Kommunale Cluster



Drei Cluster bestehend aus 18 Kommunen nach Ballungsräumen, Mittelstädten, Landkreisen und Kleinstädten



Berlin (zwei Bezirke), Augsburg, Krefeld, Hamburg, Essen



Detmold, Mannheim, Saarbrücken, Koblenz, Reutlingen, Kiel



Zwickau, Kreis Pinneberg, Völklingen, Frankfurt (Oder), Unna, Landkreis Oberspreewald-Lausitz

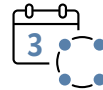
Aktivitäten



Drei Treffen der Cluster

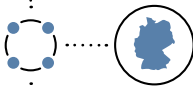


Ein bundesweiter Fachaustausch



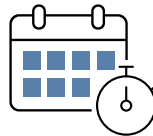
Drei begleitende Treffen der AG

AG „Kommunaler Fachaustausch“



AG „Kommunaler Fachaustausch“ bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und den drei Clustern

Laufzeit



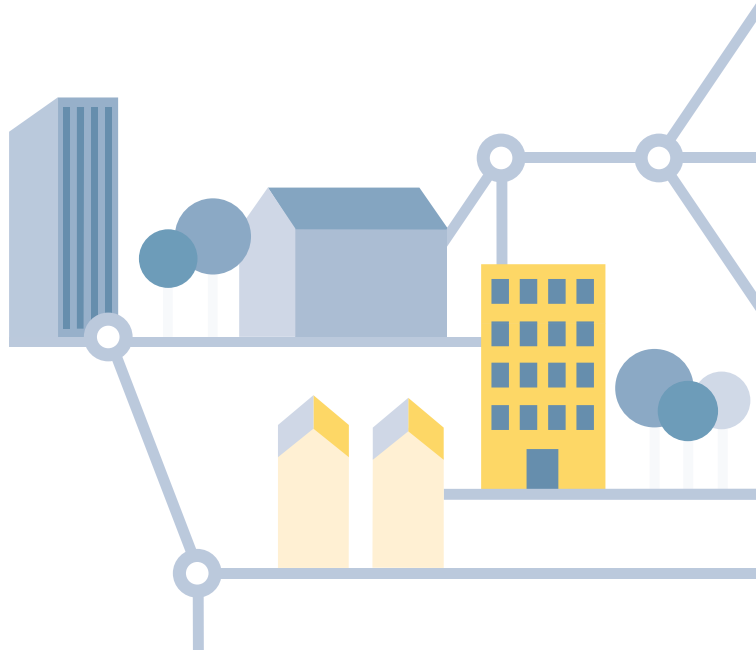
März 2021 bis August 2022

Kernstück des „Kommunalen Fachaustauschs“ sind seit Beginn der Initiative im März 2021 drei Treffen der Cluster Ballungsräume, Mittelstädte und Landkreise/Kleinstädte. Hier stehen der Erfahrungsaustausch und die kollegiale Beratung von Integrationsbeauftragten der beteiligten Kommunen im Mittelpunkt. In einem geschützten Raum und offener Atmosphäre können Kommunen, die schon lange mit muslimischen Gemeinden im vertrauensvollen Austausch stehen, ihre Erfahrungen mit Kolleginnen und Kollegen teilen, die am Anfang eines solchen Prozesses stehen.

Zusätzlich gab es im Rahmen der Initiative einen zweitägigen bundesweiten Fachaustausch „Muslimisches zivil-

gesellschaftliches Engagement und kommunale Verwaltungen: Zusammenarbeit stärken“. In einem hybriden Format bot diese weitaus breitere Plattform die Gelegenheit, die Themen und Fragen aus den Clustern auch in einem bundesweiten Kontext zu beleuchten und sich zu vernetzen. Die Teilnehmenden kamen aus Kommunen, Ländern und Bund sowie aus muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Fachlich übergreifend begleitet und gesteuert wurde der „Kommunale Fachaustausch“ durch eine Arbeitsgruppe (AG) bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und den drei Clustern.



Themen im „Kommunalen Fachaustausch“

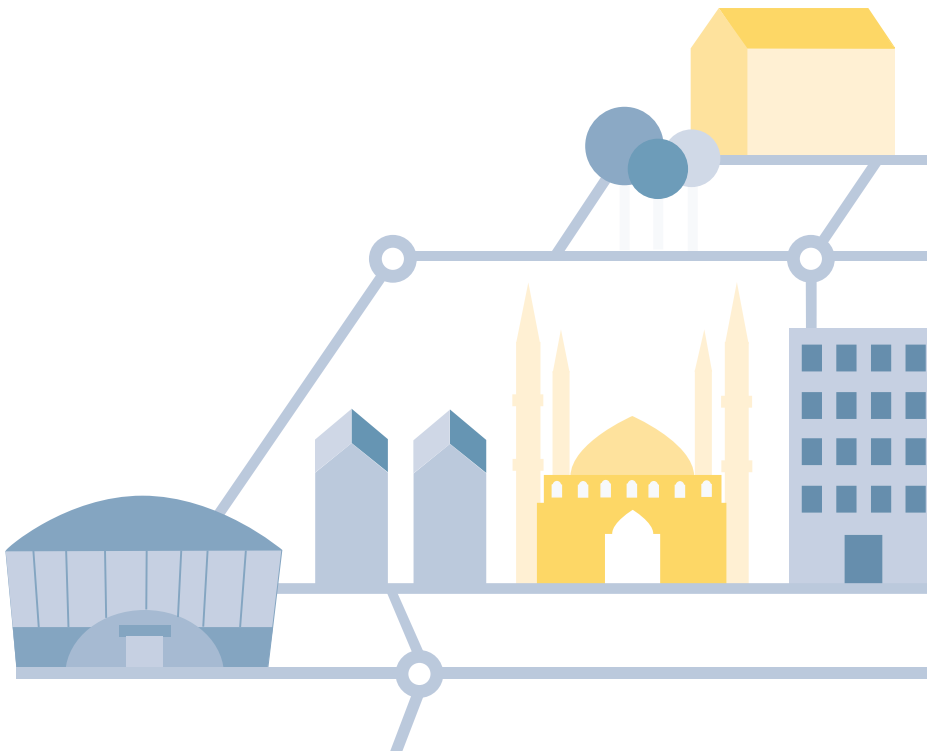
In den Diskussionen der kommunalen Cluster haben sich orts- und clusterübergreifende Schwerpunkte herauskristallisiert. Diese sind in der folgenden Übersicht dargestellt.



Der Übergang vom Dialog zur Zusammenarbeit in sozialen und gesellschaftlichen Fragen ist fließend. Aus den Diskussionen, die im Rahmen des „Kommunalen Fachaustauschs“ geführt wurden, lassen sich drei Schritte für den Aufbau der Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden ableiten:

1. der Kontaktaufbau,
2. die Umsetzung von konkreten Projekten und
3. die Schaffung von nachhaltigen Strukturen.

Im folgenden Kapitel werden für diese drei Schritte die gesammelten Anregungen aus den kommunalen Clustern sowie exemplarische Beispiele aus der Praxis der Kommunen aufgezeigt. Diese sollen als Hilfestellung für interessierte Kommunen dienen und aufzeigen, wie vielfältig und relevant die Zusammenarbeit vor Ort in Projekten gestaltet werden kann.



3. Schritt für Schritt – die Zusammenarbeit von Kommunen und muslimischen Gemeinden aufbauen

3.1 Kontaktaufbau

Kommunen, die eine Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden und alevitischen Cem-Häusern anstreben, haben oftmals schon einen Überblick darüber, welche Gemeinden vor Ort vertreten sind. Dennoch gibt es auch Unsicherheit, wie der Schritt der Kontaktaufnahme erfolgen kann. Kommunen stellen sich unter anderem die Fragen: Wen und wie sprechen wir an? Wie kann ein Vertrauensaufbau gelingen? Wie erreichen wir einen Austausch, der regelmäßig und verbindlich stattfindet und für alle Seiten einen Mehrwert bietet?

Kontakt aufnehmen

Ziele festhalten: Für den Aufbau der neuen Kooperationsbeziehung lohnt es sich, schon zu Beginn zu überlegen, welche Ziele mit der neuen Partnerschaft verfolgt werden, und im Zuge des Kontaktaufbaus regelmäßig zu reflektieren, was die Motivation für die geplante Kooperation ist. Eine klare und realistische Vorstellung, wieso die Zusammenarbeit mit den Gemeinden wichtig ist, sollte dabei den Rahmen für die Kontaktaufnahme bilden.

Einladen: Die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontaktieren die Gemeinde und laden ihre vertretenden Mitglieder ein. Ein Besuch vor Ort bietet sich an, um das Gemeindeleben kennen zu lernen und ins Gespräch zu kommen über gegenseitige Wünsche und Erwartungen.

Begegnung auf Augenhöhe: Im Kontaktaufbau sollte die Kommune anerkennen, was die Gemeinden als zivilgesellschaftliche Akteure bereits in der Kommune leisten. Eine Begegnung auf Augenhöhe ist die Grundlage für eine lohnende Partnerschaft für alle Seiten.

Brücken bauen: Hilfreich können in der ersten Kontaktaufnahme auch Personen sein, die eine Türöffner- oder Brückenbaufunktion haben – also Menschen, die Kontakte sowohl zur Gemeinde als auch in die Kommune haben, oder etwa Mitarbeitende, die selbst einen muslimischen Hintergrund haben.

Informationsangebote und Unterstützung nutzen: Bei Unsicherheiten in der Kontaktaufnahme gibt es Unterstützungsmöglichkeiten, wie in einzelnen Bundesländern die Islamberatung (siehe Infobox auf Seite 15). Aber auch muslimische Dachverbände oder Nachbarschaftsorganisationen und migrantische Selbstvertretungen unterstützen gerne.

Integrationsbeauftragte einbeziehen: Durch ihre Arbeit können Integrationsbeauftragte eine zentrale Schnittstelle sein, indem sie Kontakte zwischen muslimischen Gemeinden und Fachabteilungen anbahnen und ihre Erfahrungen der Zusammenarbeit teilen. Als Vermittlerinnen und Vermittler können sie dabei unterstützen, aufzuklären und zu sensibilisieren, Fehlinformationen richtigstellen und dabei helfen, Berührungsängste bei den Beteiligten abzubauen.

Vorstellung der verschiedenen Verwaltungseinheiten und Aufgaben: Auf der anderen Seite braucht es Aufklärung in den Gemeinden über die Funktionen der Verwaltung und die Aufgaben der verschiedenen Stellen.

Ziele und Bedarfe abgleichen: Auch die muslimischen Gemeinden äußern, welche Wünsche und welche Erwartungen sie für den Austausch mit der Kommune haben. Es lohnt sich, konkrete Meilensteine zu planen.

Die diversitätsorientierte Öffnung der Verwaltung fördern

Die Erfahrung aus den Kommunen zeigt, dass eine diversitätsorientierte Öffnung in der gesamten Verwaltung die Zusammenarbeit mit Gemeinden positiv beeinflusst, indem Unsicherheiten aufgelöst und ein sensibler Umgang gefördert werden.

Unterstützung der Entscheidungs-tragenden einholen: Entscheidend für die Öffnungsprozesse ist, dass diese Veränderungen und Lernprozesse der Verwaltung von allen, insbesondere von den Leitungsebenen, mitgetragen werden.

Informationsangebote schaffen: Ein sinnvoller Schritt ist daher, durch konkrete Angebote zur Sensibilisierung und Wissensvermittlung zum Thema Islam und muslimische Communities beizutragen sowie über Diskriminierungserfahrungen aufzuklären.

Vorbilder innerhalb der Verwaltung wahrnehmen: Personen, welche die interkulturelle Öffnung in der Verwaltung bereits vorleben, sind Inspiration für weitere Kolleginnen und Kollegen.

Vertrauen entgegenbringen und Grenzen der Zusammenarbeit kennen lernen

Die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden und alevitischen Cem-Häusern ist für Kommunen wichtig, manchmal kann es jedoch zu Spannungen kommen, wenn gegenseitige Vorbehalte durch zurückliegende Erlebnisse groß sind oder einzelne Akteure involviert sind, die im Verdacht stehen verfassungskritisch zu agieren. Bei diesen sensiblen Themen ist ein gut durchdachtes Vorgehen von hoher Bedeutung.

Vertrauen entgegenbringen: Für den Zugang und ein erstes Kennenlernen gilt, dass die Kommune unvoreingenommen auf die Gemeinden zugehen kann und ihnen Vertrauen entgegenbringen sollte. Eine tiefergehende Absicherung spielt normalerweise erst bei Entscheidungen über die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln eine Rolle.

Grenzen abstecken: Um Handlungssicherheit einzelner Verwaltungsakteure zu stärken, sollten Grenzen der Zusammenarbeit von Kommunen vorher abgesteckt werden. Es sollte Klarheit darüber herrschen, welche (Handlungs-)Optionen bei Sicherheitsbedenken bestehen und welche Schritte bei Verdachtsfällen gegangen werden können. Erfahrene Kommunen empfehlen für die präventive Arbeit einen guten Kontakt und kurze Wege zwischen Polizei, Ordnungsamt, weiteren Zuständigen für Prävention und den Gemeinden selbst zu halten. Es ist wichtig, dass jede Kommune einen für sie angemessenen Umgang mit Spannungsfeldern findet und im Einzelfall die Situation vor Ort einschätzt.

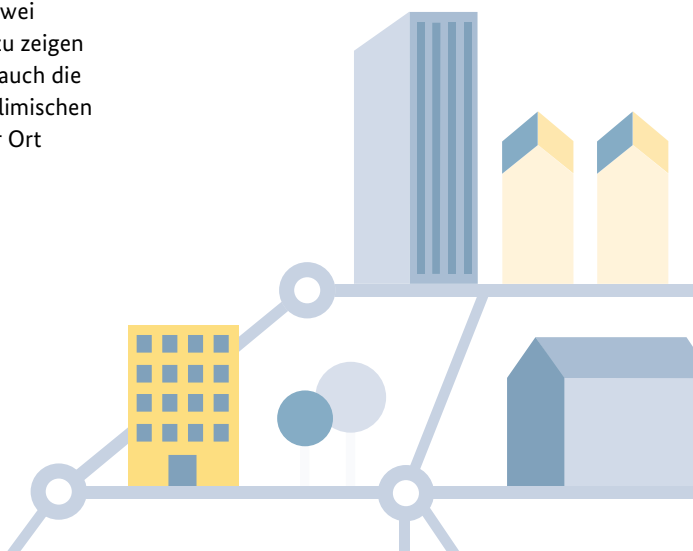
Zusammenarbeit mit der Landesverwaltung: Aufgabe der Landesebene ist es, die Kommunen bei der Zusammenarbeit zu unterstützen und im konkreten Fall von Sicherheitsbedenken in engem Austausch mit der Kommune zu sein.



Islamberatung

Die Islamberatung zielt darauf ab, die islambezogene Kompetenz in Kommunen zu stärken und muslimische Akteure bei der Einbindung in kommunale Kommunikations- und Entscheidungsprozesse zu unterstützen. Es ist ein kostenloses Angebot, das Kommunen in Anspruch nehmen können. Die Islamberatung ist als Modellprojekt in Baden-Württemberg gestartet und wird seit 2015 von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart angeboten. Ein unabhängiger Experte, unterstützt durch ein Team von Beraterinnen und Beratern, ist für das Angebot verantwortlich. Die Beratung wird auf den Einzelfall abgestimmt und kann vor Ort in der Kommune, aber auch telefonisch oder per Mail durchgeführt werden. Auch in anderen Bundesländern gibt es vergleichbare Angebote, etwa in Bayern, Sachsen und Brandenburg stehen den Kommunen unabhängige Expertinnen und Experten zur Verfügung.

Die Treffen der Cluster im Rahmen des „Kommunalen Fachaustauschs“ haben gezeigt, dass Ideen und bereits umgesetzte Projekte aus den Kommunen Inspiration und Hilfestellungen für andere sein können. Nachfolgend werden zwei Praxisbeispiele vorgestellt, um zu zeigen wie die Kontaktaufnahme aber auch die Zusammenarbeit zwischen muslimischen Gemeinden und Kommunen vor Ort aussehen kann.



Projektbeispiele aus den Kommunen

Dialog zwischen muslimischen Gemeinden und dem Bezirksamt Mitte von Berlin



Worum geht es in dem Projekt?

Die Initiative soll das gemeinsame Kennenlernen fördern und zu ersten konkreten Themen der Zusammenarbeit anregen sowie den Austausch, das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit insgesamt fördern und stärken.



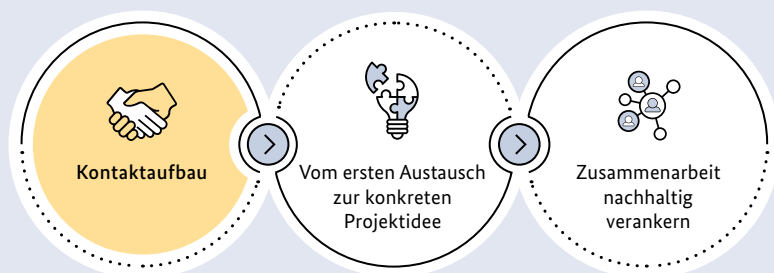
Was sind lokale Voraussetzungen und welche Rolle hat die Kommune?

In Berlin gibt es eine Vielzahl von muslimischen Gemeinden und alevitischen Cem-Häusern. Das Bezirksamt Mitte koordiniert mit den Gemeinden, den Stadträten und dem Bezirksbürgermeister Termine zum Austausch. Dabei sollen mehrere Treffen im Jahr an unterschiedlichen Orten in muslimischen Gemeinden und alevitischen Cem-Häusern stattfinden. Um dem Austausch Bedeutung zu geben, ist es wichtig, dass Personen der Verwaltungsspitze ihre Wertschätzung für den Austausch ausdrücken und Erwartungen, die mit dem Dialog verbunden sind, transparent kommuniziert werden.



Worin liegt der Vorteil für die Zusammenarbeit?

Durch den regelmäßigen Dialog wird das Netzwerk der Kommune sowie der Gemeinden ausgebaut und gestärkt. Der Austausch stärkt das beiderseitige Vertrauen und hilft, Vorbehalte abzubauen und bei Unverständnis zwischen einzelnen Parteien im Bezirk besser zu vermitteln. Da viele Jugendliche und Familien muslimischer Gemeinden und alevitischer Cem-Häusern angehören, sind diese ebenfalls wichtige Mittler von Informationen aus der Verwaltung. Wird der Austausch stetig fortgeführt, wächst Vertrauen, um in weiteren Belangen zusammenzuarbeiten.



Vereinsgründung Haus der Kultur und Weisheit e.V. im Landkreis Oberspreewald-Lausitz



Worum geht es in dem Projekt?

Mit dem Zuzug syrischer und jemenitischer Musliminnen und Muslime in den vergangenen Jahren ist die muslimische Gemeinde im Landkreis gewachsen. Mit dem Wunsch, ihren Glauben vor Ort zu praktizieren, entstand das Anliegen einen Gebetsraum zu finden. In den örtlichen Institutionen und Kirchenverbänden wurde diesem Wunsch zunächst mit Zurückhaltung begegnet. Die Angst vor dem Unbekannten dominierte. Es konnten keine Räumlichkeiten gefunden werden. Mit Unterstützung der Integrationsbeauftragten wurde daraufhin ein muslimischer Verein gegründet. Aus einem losen Personenkreis wurde eine feste Struktur mit Ansprechbarkeit. Die Vereinssatzung bot Transparenz. Die Vereinsgründung stärkte die gegenseitige Verständigung und den Aufbau von Vertrauen für das Zusammenleben im Landkreis.



Was sind lokale Voraussetzungen und welche Rolle hat die Kommune?

Der Vertrauensaufbau auf allen Seiten braucht Geduld und Ausdauer: Auch seitens der muslimischen Gemeinschaft wurde der Schritt genau überlegt und abgewogen. Es dauerte sechs Jahre seit dem ersten Kontakt der Gemeinschaft bis zur Vereinsgründung. Alle Schritte bis zum Notar wurden durch die Integrationsbeauftragte begleitet.



Worin liegt der Vorteil für die Zusammenarbeit?

Die Akzeptanz vor Ort ist gewachsen. Als Verein kann die Gemeinschaft inzwischen für das Freitagsgebet eine Sporthalle nutzen. In der Bevölkerung ist durch den veränderten Auftritt als Verein mehr Zuspruch spürbar. Der Verein ist darüber hinaus kulturell gemischt: Im Vorstand sind sowohl Muslime, die schon lange im Landkreis wohnen, als auch Neuzugewanderte aus anderen Herkunftsländern. Der Verein ist inzwischen Mitglied im Landesintegrationsbeirat.

3.2 Vom ersten Austausch zur konkreten Projektidee

Viele Kommunen streben nach der ersten Kontaktaufnahme an, dem ersten Kontakt und Dialog konkrete Vorhaben für eine lebendige Zusammenarbeit folgen zu lassen. Das Format der sozialen Projektarbeit kann als Grundlage genutzt werden, um Projekte entlang der Bedarfe der Gemeinden gemeinsam umzusetzen. Dabei begegnen den Kommunen zum Beispiel die folgenden Fragen: Wie können wir ehrenamtliches Engagement angemessen einbinden und welche Unterstützung müssen wir als Kommune bereitstellen? Welche Rolle übernimmt die Kommune? Worin liegt die Verantwortung der muslimischen Gemeinden?

Themen- oder zielgruppen-spezifische Schnittmengen finden

Zielgruppe identifizieren: Gute Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit den Gemeinden sind themen- oder zielgruppenspezifische Schnittmengen. Diese müssen identifiziert werden.

Religiöse und soziale Angebote trennen:

Für eine gute Zusammenarbeit ist es sowohl auf kommunaler als auch auf Seite der Gemeinden wichtig, zwischen religiösen und sozialen Dienstleistungen zu differenzieren.

Generationswechsel berücksichtigen:

An vielen Orten ist aktuell ein Generationswechsel in Moscheegemeinden und alevitischen Cem-Häusern erkennbar. Dies ist eine Chance für die Kommunen im Aufbau neuer Partnerschaften. Es ist deshalb wichtig, die jüngere Generation frühzeitig einzubeziehen und neue Kontakte auch zu jungen muslimischen Organisationen zu knüpfen, um hier langfristig Vertrauen aufzubauen.

Wissen weitergeben:

Für ihre Aufgaben können kommunale Akteure ihrerseits von der Zielgruppenexpertise muslimischer Gemeinden profitieren und gleichzeitig die Gemeinden durch ihre Expertise und Kontakte bei der Verstärkung von Angeboten der sozialen Arbeit beraten und begleiten.

Administrative Belange unterstützen

Kompetenzaufbau fördern: Kommunale Akteure können oftmals bei administrativen Belangen aushelfen, zum Beispiel bei vereinsrechtlichen Fragen, Versicherungsfragen oder im Hinblick auf das richtige Stellen von Förderanträgen.

Netzwerkkontakte nutzen: Kommunale Akteure können für Gemeinden auch bei anderen Trägern vermitteln und beispielsweise Kontakte zu Wohlfahrtsverbänden herstellen sowie ihr Wissen zu Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene weitergeben.

Haltung zeigen bei antimuslimischem Rassismus und Vorurteilen

Erfahrungswelt kennenlernen: Mitglieder von Moscheegemeinden und alevitischen Cem-Häusern erleben in ihrem Alltag und auch in der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren immer wieder Vorurteile und antimuslimischen Rassismus. Daher ist es wichtig, sich als Kommune mit dieser Erfahrungswelt zu befassen und dafür sensibilisiert zu sein.

Klare Haltung zeigen: Ein fester Wertestandpunkt sowie Bündnisse gegen Rechtsextremismus sind wichtige Faktoren, um antimuslimischem Rassismus entgegenzuwirken. Erfahrene Kommunen empfehlen, eine eindeutig antirassistische und gesellschaftsoffene Haltung der Kommune regelmäßig zu kommunizieren, politischen Forderungen präventiv zu begegnen und standhaft zu bleiben, auch wenn Anfeindungen gegen die Kommune gerichtet werden.

Sichtbarkeit von muslimischem Leben unterstützen: Mehr Sichtbarkeit und Einblick in muslimische Gemeinden durch eigene Öffentlichkeitsarbeit bauen Unsicherheiten und Ressentiments in der Gesellschaft vor Ort ab. Gleichzeitig macht es die Gemeinden vulnerabler. Bei Anfeindungen kommt es zu einem Rückzug der Gemeinden. Die Kommune kann selbst einen Beitrag zur Sichtbarkeit des interreligiösen Dialogs und zur Aufklärung über muslimisches Leben leisten.

Projektbeispiele aus den Kommunen

Pflege muslimischer Grabfelder als gemeinsame Aktion der muslimischen Gemeinden und Jugendgruppen in Reutlingen



Worum geht es in dem Projekt?

Bei der gemeinsamen Aktion auf dem städtischen Friedhof werden die Gräber all jener muslimischen Verstorbenen gepflegt, deren Angehörige diese Aufgabe nicht übernehmen können. Aufgrund unterschiedlicher religiöser Vorstellungen bestehen verschiedene Trauer-rituale und Vorstellungen der Grabpflege. Die Aktion hat zum Ziel, Konflikte um den Zustand der Grabfelder zu vermeiden und so den sozialen Frieden in der Stadt zu fördern. Durch die Aktion wird auch der innermuslimische Dialog gefördert, in welchem das Kennenlernen, die Vernetzung sowie die Zusammenarbeit der verschiedenen Gemeinden eine große Rolle spielen.



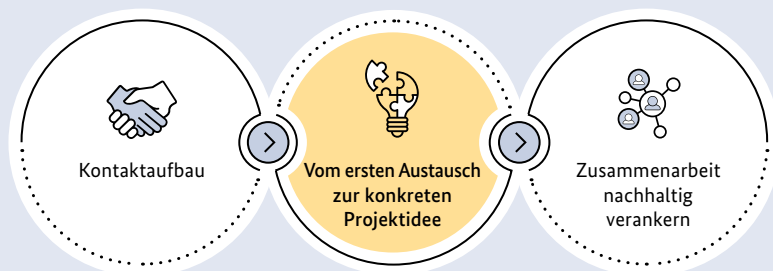
Was sind lokale Voraussetzungen und welche Rolle hat die Kommune?

Das Amt für Integration und Gleichstellung der Stadt Reutlingen gibt den Impuls für die Aktion in muslimische Gemeinden und Jugendgruppen und wirkt als Ansprechpartner für die Gemeinden und die Friedhofsverwaltung. Für die Aktion stellt letztere die Ausrüstung und Arbeitsgeräte bereit und hilft bei der Einführung in die Grabpflege. Eine Gemeinde beziehungsweise eine Jugendgruppe – derzeit die Internationale Islamische Gemeinschaft e.V. – koordiniert die Aktion. Ziel ist es, die Aktion zu verstetigen, weitere muslimische Jugendgruppen einzubinden und so deren Kooperation untereinander zu fördern.



Worin liegt der Vorteil für die Zusammenarbeit?

Mit der Aktion wird das Engagement für die Stadtgesellschaft gefördert. Sie trägt zudem zur interkulturellen Sensibilisierung und Öffnung der Gemeinden und der Stadtverwaltung bei. Darüber hinaus ermöglicht sie es, dass auf Mahnungen und Gebühren seitens der Stadtverwaltung verzichtet werden kann.



Ausbildung muslimische Notfallseelsorge in Krefeld



Worum geht es in dem Projekt?

Mit dem Ausbildungsprogramm wird die Präsenz von muslimischen Notfallbegleiterinnen und Notfallbegleitern in Krefeld und Umgebung gestärkt. Dabei wird die Anbindung von bisher neun ausgebildeten Seelsorgerinnen und Seelsorgern an die christlichen Instanzen eingerichtet und somit die Kooperation und Gleichbehandlung gestärkt.



Was sind lokale Voraussetzungen und welche Rolle hat die Kommune?

Das Projekt setzt voraus, dass die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen der Kommune und den Gemeinden bereits gewachsen ist. Die Kommune hat die Finanzierung des Programms übernommen und ist für die muslimischen Gemeinden und Migrantenorganisationen Kontaktstelle für Anliegen im Bereich der muslimischen Notfallseelsorge. Sie hat ihre Kenntnis der Gemeinden und der Bedarfe vor Ort in die Auswahlgespräche bei Bewerbungen eingebracht, diese mitgeführt und einen verantwortlichen Partner für die Festlegung der Ausbildungsinhalte bestimmt.



Worin liegt der Vorteil für die Zusammenarbeit?

Mit dem Programm wurde ermöglicht, dass in Notsituationen eine qualifizierte muslimische Notfallbegleitung auf Abruf einsatzbereit ist. Zugleich wurde darauf geachtet, keinen Sonderstatus zu kreieren, sondern die Begleiterinnen und Begleiter in die vorhandene Struktur der christlichen Akteure für die Notfallseelsorge einzubinden und die Zusammenarbeit zu stärken.

3.3 Zusammenarbeit nachhaltig verankern

Erfahrene Kommunen vielerorts beschäftigt die Frage, wie aus erfolgreichen Projekten und Kooperationen nachhaltige Strukturen der Zusammenarbeit entstehen können. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere Überlegungen in Richtung einer Institutionalisierung muslimischen Engagements und damit die Verstetigung sozialer Angebote der Gemeinden sowie ihrer Interessensvertretung. Dies betrifft zum Beispiel die Fragen: Welche Form der Zusammenarbeit kann an die Projektarbeit anschließen? Wie können aus erfolgreichen Projekten stetige Angebote werden? Wie können Strukturen gestärkt werden?

Strukturen stärken und Zugänge schaffen

Langfristig denken: Damit sich engagierte Akteure dauerhaft zusammenfinden und langfristig konkrete Pläne vor Ort umsetzen können, braucht es Zeit und Geduld sowie Ressourcen, aber auch feste Formate und auf beiden Seiten feste Ansprechpersonen.

Professionalisierung fördern: Muslimische Gemeinden sind vielerorts seit Jahren im Bereich der ehrenamtlichen sozialen Arbeit etabliert. Herausforderungen sind für viele Gemeinden die Professionalisierung und Institutionalisierung der sozialen und zivilgesellschaftlichen Arbeit der Gemeinden und die Kommunikation darüber.

Unterstützung bieten: Es braucht häufig eine hauptamtliche Verankerung in zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Räumlichkeiten für die langfristige Verankerung von sozialen Angeboten. Kommunen sollten eruieren, welche Unterstützung sie hierfür anbieten können.

Fördermöglichkeiten aufzeigen und Ausgründungen begleiten: Um einen breiteren Zugang zu Fördermöglichkeiten zu schaffen, kann es sinnvoll sein, bei muslimischen Gemeinden Ausgründungen einzelner Angebote vorzunehmen – als Verein oder Sozialunternehmen – oder die Etablierung als anerkannter Träger (zum Beispiel der Jugendhilfe) anzustoßen und zu begleiten.

Zugänge zu relevanten Prozessen schaffen:

Kommunale Akteure können Barrieren für Partizipation und Teilhabe abbauen und die Interessensvertretung der muslimischen Communities damit fördern, dass sie im Sinne eines guten Bezugsgruppenmanagements Informationen über relevante Prozesse proaktiv weiterleiten und Zugänge zu Runden Tischen und relevanten Gremien ermöglichen.

Sichtbarkeit fördern

Kooperation sichtbar machen: Es ist wichtig, das Engagement muslimischer Organisationen und die Erfolge der bisherigen Kooperationen stärker nach außen zu tragen und sichtbar zu machen.

Öffentlichkeitsarbeit fördern: Eine eigene Öffentlichkeitsarbeit über eine Website, über Flyer und andere Materialien zu unterhalten, hilft dabei, die Akzeptanz der Gemeinden in den Nachbarschaften zu erhöhen und ihr soziales Engagement in der medialen Darstellung sichtbar zu machen. Die Kommune kann zur Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinden ermutigen.

Vernetzung ausbauen: Über eine engere Vernetzung der muslimischen Gemeinden untereinander können Erfahrungen ausgetauscht werden. Kommunen können diesen Prozess begleiten, indem sie ihre Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden und alevitischen Cem-Häusern im Sinne eines partnerschaftlichen Auftretens in der lokalen Öffentlichkeit nach außen tragen.

Präsenz zeigen: Zeigen kommunale Akteure – insbesondere die Entscheidungstragenden der Kommune – Präsenz bei muslimischen Anlässen und Veranstaltungen, signalisieren sie öffentlich, dass muslimisches Leben ein wichtiger Teil der Kommune ist, und stärken Vertrauen.



Projektbeispiele aus den Kommunen

Integrationsbeirat im Landkreis Oberspreewald-Lausitz



Worum geht es in dem Projekt?

Die Gründung des Beirats entstand aus der Idee eines Integrationsbeirates für den Landkreis, der nur mit Menschen besetzt ist, die eine eigene Einwanderungsgeschichte haben. Somit unterscheidet sich der Beirat von vergleichbaren Gremien, die mit Vertretungen aus Behörden besetzt sind.



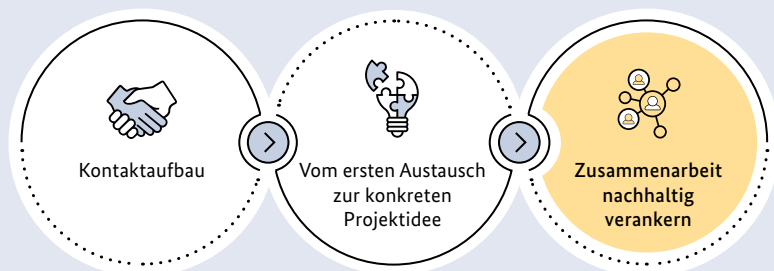
Was sind lokale Voraussetzungen und welche Rolle hat die Kommune?

Ein solches Vorhaben braucht die Unterstützung aus der Politik und erfordert, dass sich eine Person aus der Verwaltung aktiv dafür einsetzt. Der Aufbau des Beirats bedurfte diplomatischen Geschicks und einer Änderung der Hauptsatzung des Landkreises: Die Besetzung des Beirats erfolgt nicht mehr durch Wahl, sondern durch Berufung. Die Fahrtkosten der Mitglieder werden erstattet. Des Weiteren ist die Transparenz des Integrationsbeirats wichtig. Die Sitzungen finden öffentlich statt, somit können auch kritische Akteure den Sitzungen beiwohnen.



Worin liegt der Vorteil für die Zusammenarbeit?

Ein großer Vorteil besteht darin, dass der Integrationsbeirat ein Sprachrohr für die Bedarfe und Herausforderungen von Migrantinnen und Migranten darstellt. Es wird die Erfahrung gemacht, dass sich Kreistagsabgeordnete inzwischen explizit für die Meinung des Integrationsbeirates zu Themen interessieren.



Verbund der Immigrantenvereine e.V. in Essen



Worum geht es in dem Projekt?

Mit dem Essener Verbund der Immigrantenvereine e.V. wurde ein Dachverband mit insgesamt 79 Migrantenorganisationen aus unterschiedlichen Herkunftsländern gegründet. Der Verbund der Immigrantenvereine ermöglicht seither eine strukturelle Vernetzung von Migrantenorganisationen und fungiert als Beratungs- und Mittelrolle für die Stadtverwaltung. Darüber hinaus ist der Verbund Mitglied im Integrationsrat.



Was sind lokale Voraussetzungen und welche Rolle hat die Kommune?

Eine zentrale Rolle für die Arbeit des Verbundes spielt eine hauptamtliche Geschäftsführung. Deren Finanzierung wird in Essen durch die Kommune bereitgestellt. Die offene und transparente Zusammenarbeit wird unterstützt durch einen regelmäßigen Austausch mit der Kommune sowie eine umfangreiche Netzwerkarbeit. Das Gelingen fester Strukturen ist immer auch personenabhängig und der Bedarf an Professionalisierung von untergeordneten Strukturen und weiterem Personal bleibt weiterhin relevant.



Worin liegt der Vorteil für die Zusammenarbeit?

Der Essener Verbund ist ein zuverlässiger, beständiger und professionalisierter Netzwerkpartner, der sich stetig für die Teilhabe und Vernetzung von Migrantenorganisationen einsetzt. Für die Kommune, die neben der Verbandsarbeit auch den direkten Kontakt mit Mitgliedsorganisationen pflegt, besteht der Vorteil organisierter Strukturen nicht zuletzt darin, dass schnell eine Vielzahl von Akteuren erreicht werden kann. Dies war für die Kommunikation während der Covid-Pandemie von besonderer Bedeutung.

4. Gründe der Zusammenarbeit

4.1 Bericht einer kommunalen Vertreterin

Dr. Margret Spohn
Leiterin des Büros für gesellschaftliche
Integration der Stadt Augsburg

Vor Ort in Kommunen findet nicht nur gelebte Integration, sondern seit Jahren auch das Meistern von Krisen statt. Da bleibt kaum Zeit zum Innehalten und zum Austausch innerhalb, geschweige denn außerhalb der eigenen Kommune. Dabei ist es so wichtig, über den eigenen Tellerrand zu schauen, sich im Austausch mit anderen kommunalen Vertreterinnen und Vertretern zu justieren, Anregungen zu geben und selbst neue Ideen mit in die eigene Arbeit zu nehmen. Der „Kommunale Fachaustausch“ hat genau dies möglich gemacht.

Augsburg ist eine Stadt, in der nahezu die Hälfte der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat – darunter viele

Musliminnen und Muslime, mit denen die Stadt seit vielen Jahren in regem und institutionalisiertem Austausch steht. Uns hat der „Kommunale Fachaustausch“ dazu ermuntert, noch einmal über unsere Zugänge zu nicht organisierten Musliminnen und Muslimen nachzudenken. In Folge dessen hatten wir im Dezember 2022 zu einem ersten „Netzwerktreffen muslimischer Frauen in Augsburg“ eingeladen.

„Vertrauen“ war ein Schlüsselbegriff, der in vielen Treffen des „Kommunalen Fachaustauschs“ immer wieder diskutiert wurde. Wie schafft man es, ein vertrauensvolles Verhältnis zu den muslimischen Gruppen in der Stadt aufzubauen? Wechsel sowohl in der kommunalen Verwaltung als auch bei den Moscheegemeinden können jedoch dazu führen, dass Kontakte danach nicht weitergeführt werden

beziehungsweise einschlafen, da sehr viel vom persönlichen Engagement aller Beteiligten abhängt. Der Austausch hat uns aber auch gezeigt, an welchen unterschiedlichen Punkten Kommunen im Austausch mit ihrer muslimischen Bevölkerung stehen – je nachdem, wie lange die Migrationsgeschichte in der Stadt bereits andauert, wie vielfältig die muslimische Bevölkerung vor Ort ist, ob die kommunale Politik einem Austausch offen und aufgeschlossen gegenübersteht und/oder ob es gar Ressentiments in Bezug auf Austauschformate gibt. Der „Kommunale Fachaustausch“ hat die Gleichzeitigkeit völlig unterschiedlicher Herangehensweisen sehr deutlich gemacht.

Wichtig war auch die Einsicht, dass ein reines Austauschformat nicht mehr ausreichen wird – besser ist es, wenn es konkrete Projekte und Anliegen gibt, an denen dann auch gemeinsam gearbeitet werden kann, wie zum Beispiel der Bau eines Waschhauses auf einem städtischen Friedhof oder Fragen zum Umgang mit muslimischen Bestattungen. Letzteres war ein Thema, das speziell für Bayerische Kommunen aktuell war, da Bayern als letztes Bundesland die Sargpflicht aufgehoben hat.

Der „Kommunale Fachaustausch“ hat diesen Freiraum geschaffen, den es im durchgetakteten Arbeitsalltag kaum gibt: Die Möglichkeit, sich über einen längeren Zeitraum mit Kolleginnen und Kollegen sehr unterschiedlicher Kommunen auszutauschen und viele Anregungen in die eigene Arbeit mitzunehmen.



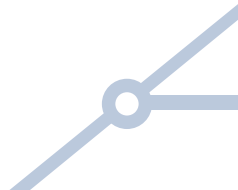
4.2 Bericht eines Moscheevertreeters

Meho Travljanin
Vorsitzender des Islamischen Kultur-
zentrums der Bosniaken (IKB) in Berlin e. V.

Unsere Gemeinde besteht seit 33 Jahren in Berlin. In diesen Jahren bemerkte man einen Wandel der Gemeinde insgesamt, von primär „national“ ausgerichteten Themen und Belangen zu mehr aktuellen und auf Berlin bezogenen Aufgabenschwerpunkten. Das macht sich unter anderem dadurch bemerkbar, dass Deutsch für die neue Generation die erste und keine Fremdsprache ist und sie das Selbstverständnis hat, dazuzugehören und ihr Berlin mitzugestalten. Wir erreichen mit unserer Arbeit viele Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen. Wir bieten Kleinkind- und Jugendgruppen an und widmen uns spezifischen Frauen-, Männer- und Studierendenthemen. Die Arbeit mit Seniorinnen und Senioren sowie die Seelsorge sind ebenfalls fester Bestandteil unserer Tätigkeit.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Kommune ist ein Gewinn für beide Seiten. So haben wir als Moscheegemeinde einen guten Draht, wenn sich Fragen stellen, wir Projekte oder Veranstaltungen planen oder es auch einmal eine Herausforderung im näheren Umfeld der Gemeinde gibt. Auf der anderen Seite kann die Kommune uns schnell erreichen, wenn es Themen gibt, die uns betreffen oder sie Fragen haben. Mit der Stadt Berlin stehen wir in gutem Kontakt und pflegen die Beziehungen zu kommunalen Vertreterinnen und Vertretern.

Durch die Initiative „Kommunaler Fachaustausch“ werden Kommunen ermutigt, den direkten Kontakt zu muslimischen Gemeinden zu suchen. So lernen auch die Gemeinden wertvolle Partner kennen, mit denen nachhaltige Zusammenarbeit und Synergien möglich sind. Die Initiative „Kommunaler Fachaustausch“ zeigt uns, dass Moscheen als aktive Akteure in den Kiezen wertgeschätzt werden und eine zielgerichtete Vernetzung zu mehr Transparenz und vor allem mehr Vertrauen führt.





Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Redaktion:

Syspons GmbH

Stand:

03/2023

Druck:

stegu Druckcenter GmbH, Amberg

Gestaltung:

MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH

Bildnachweis:

S.5: © BAMF/Bildkraftwerk/Laurin Schmid

Bestellmöglichkeit:

Publikationsstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen unter:
www.bamf.de/publikationen und www.deutsche-islam-konferenz.de/publikationen

Diese Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Besuchen Sie uns auf



 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

 [bamf_bund](https://www.instagram.com/bamf_bund)

www.bamf.de

www.bamf.de

www.deutsche-islam-konferenz.de